



Es wird nicht ewig so weitergehen.



EURE REPRESSION WIRD
UNSEREN WIDERSTAND

gegen Uranfabriken
und Kohleabbau

NICHT AUFHALTEN!

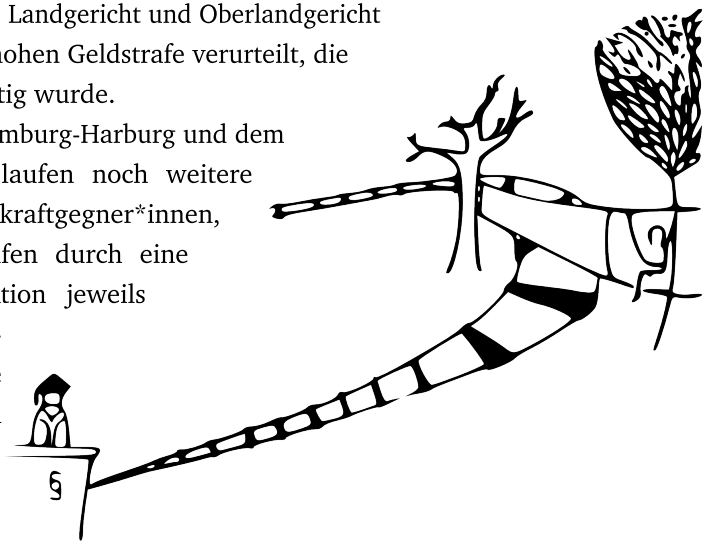
Klimawandel? „Muss aufgehalten werden.“ Atomkraft? „Ist gefährlich und keine Lösung.“

Dieser Meinung sind viele Menschen, aber nur verhältnismäßig wenige engagieren sich gegen Kohle- und Atomkraft und setzen sich für eine lebenswerte Umwelt und verantwortungsvolle Energieversorgung ein. Immer wieder stehen gerade diese Menschen vor Gerichten, weil sie versuchen, Kohlebagger oder Atomtransporte anzuhalten. Gegen den Willen von vielen versucht der Staat die umweltzerstörerische Energiegewinnung mit Gewalt durchzusetzen, ob direkt mit Hilfe der Polizei, welche Protestierende zusammen schlägt oder durch lange Prozesse und Strafen im Nachhinein. Die Urteile beispielsweise wegen Ankettaktionen vor Kohle- und Atomzügen werden härter obwohl oder gerade weil der Widerstand gerade gegen den Braunkohleabbau, aber auch gegen die die Atomindustrie versorgenden Uranfabriken wächst. Bitte sagen auch Sie den Richter*innen, die über widerständige Aktionen zu entscheiden haben, dass wir weg von Kohle- und Atomstrom müssen und Verurteilungen notwendigen Widerstand und Wandel nicht aufhalten werden.

Atomkraftgegner*innen vor Gericht

Die Uranfabriken in Gronau und Lingen laufen unbefristet und versorgen Atomkraftwerke weltweit mit Brennstoff. Zum Betrieb dieser Anlagen und der gesamten Atomindustrie sind Urantransporte notwendig, die immer wieder blockiert werden. Immer wieder landen diese Blockaden vor Gericht. Zwei Aktivist*innen, die sich angekettet hatten, um einen Urantransport von Gronau aus zu blockieren, wurden von Amtsgericht, Landgericht und Oberlandgericht zu einer ungewöhnlich hohen Geldstrafe verurteilt, die im Dezember rechtskräftig wurde.

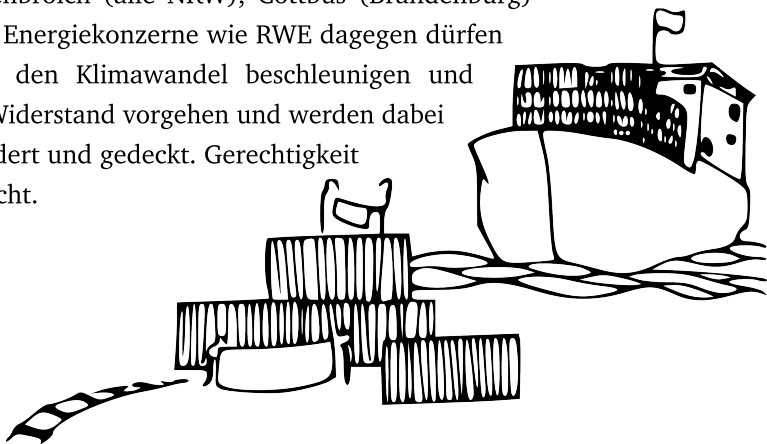
Vor dem Amtsgericht Hamburg-Harburg und dem Landgericht Hamburg laufen noch weitere Verfahren gegen Atomkraftgegner*innen, die im Hamburger Hafen durch eine Kletter- bzw. Ankettaktion jeweils einen Urantransport aufgehalten und in die öffentliche Diskussion gebracht haben.



Braunkohlegegner*innen vor Gericht

Die Versorgung durch Kohlekraft ist keine Alternative zu Atomkraft, sondern treibt den Klimawandel weiter voran. Im Rheinland und in der Lausitz stehen mit Braunkohlekraftwerken einige der größten CO₂-Schleudern Europas. Dort tobt deshalb der gleiche Kampf gegen dreckige Energie, um mit der Besetzung des Hambacher Forsts oder eines Waldes in der Lausitz oder großen „Ende Gelände“-Aktionstagen mit zuletzt mehreren Tausend Menschen.

Zahlreiche Umweltaktivist*innen stehen wegen ihrer Aktionen vor Gerichten in Düren, Erkelenz, Grevenbroich (alle NRW), Cottbus (Brandenburg) oder Görlitz (Sachsen). Energiekonzerne wie RWE dagegen dürfen ungehindert zerstören, den Klimawandel beschleunigen und gewalttätig gegen den Widerstand vorgehen und werden dabei massiv vom Staat gefördert und gedeckt. Gerechtigkeit gibt es vor Gerichten nicht.



Aktiv werden!

Auch wenn Sie sich nicht selbst anketten oder in einen Kohletagebau spazieren würden - zeigen Sie ihre Solidarität. Schicken Sie den zuständigen Gerichten ein Fax oder eine Mail oder rufen Sie gleich an. Machen Sie den Gerichten deutlich, dass sie beobachtet werden und Verurteilungen von Umweltaktivist*innen nicht allen gefallen. Sagen Sie Ihnen, dass der Widerstand für eine lebenswertere Welt frei von Kohle- und Atomstrom weiter gehen muss und weiter gehen wird und dass Gerichte dabei nur im Weg stehen.

Eine Vorlage für ein Solidaritäts-Fax und diesen Flyer gibt es hier:

nirgendwo.info/solifax

Die Adressen und Telefonnummern der zuständigen Gerichte finden sich auf der Rückseite dieses Flugblattes.

Kontaktdaten der Gerichte

Braunkohleabbau im Rheinland

Amtsgericht Grevenbroich

Zuständige Richterin Zieschang

Telefon: 02181-6503-0

(Sachbearbeiter: -222)

Mo-Fr 8.30-12 Uhr + Di 14-15 Uhr

Fax: 02181-6503-111

Email: poststelle@ag-grevenbroich.nrw.de

Amtsgericht Erkelenz

Zuständige Richter Floeth und Meuters

Telefon: 02431-9602-0

(Sachbearbeiterinnen -320, -140)

Mo-Fr 8-12 Uhr + Di 14-15 Uhr

Fax: 02431-9602-222

Email: poststelle@ag-erkelenz.nrw.de

Amtsgericht Düren

Telefon: 02421-493-0

Fax: 02421-493-6001

Email: poststelle@ag-dueren.nrw.de

Amtsgericht Kerpen

Telefon: 02237 508-0

(Durchwahlen -304, -305)

Fax: 02237 508-470

E-Mail: poststelle@ag-kerpen.nrw.de

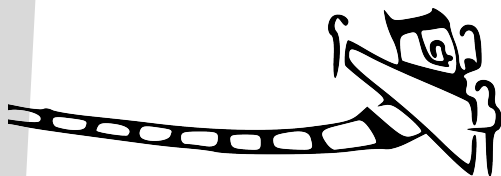
Atomtransporte

Amtsgericht Hamburg-Harburg

Telefon: 040-42871-0 (Durchwahl -3614)

Mo-Fr 9-13 Uhr

Fax: 040-4279-83179



Braunkohleabbau in der Lausitz

Amtsgericht Cottbus

Telefon: 0355-6372-0

Fax: 0355-6372-200

Amtsgericht Görlitz

Telefon: 03581-469-0

Fax: 03581-469-1919

Email: verwaltung@aggr.justiz.sachsen.de

Staatsanwaltschaften

Wer darüberhinaus noch Lust hat, kann auch die zuständigen Staatsanwaltschaften kontaktieren, welche die Verfahren einleiten: Das sind die aus Hamburg, Mönchengladbach, Aachen, Cottbus und Görlitz – Kontaktdaten finden sich im Internet.